

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Frank R. Pfetsch

# Theoretiker der Politik

Von Platon bis Habermas

3. Auflage



**Nomos**

## **STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT**

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft an  
Universitäten und Hochschulen

Frank R. Pfetsch

# Theoretiker der Politik

Von Platon bis Habermas

3., aktualisierte Auflage



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5015-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-9712-5 (ePDF)

3. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

---

## VORWORT

Auf die klassischen Autoren der Theorien der Politik trifft zu, was sich auch von den Rednern der Antike sagen lässt: sie werden nicht als Klassiker geboren, sondern durch die Zeitumstände und die Nachwelt zu Klassikern gemacht. Dieser sich keineswegs automatisch ergebende, sondern selbst wieder politische Vorgang, ist Gegenstand dieses Buches. Die Entstehung, die Rezeption und die sich immer wieder bewährende Aktualität einer bestimmten Theorie bilden eine Einheit. Dabei liegt der Akzent der Diskussion auf der Entfaltung der Sozial- und Wissenschaftsgeschichte; betont wird, dass die Generierung politischen Wissens mit demjenigen gesellschaftlichen Bedingungs-komplex sehr eng zusammenhängt, der dieses Wissen schafft bzw. auf den es sich bezieht. Diese (etablierte) Wissenschaft der Politik bringt ihrerseits nicht nur Theorien hervor, sondern ist auch von ihnen abhängig, so dass man die Theorien der Politik mit einer Brille vergleichen kann, ohne die man für die Probleme der Politik blind wäre. Um im Bild zu bleiben: Die Brille verbessert nicht nur den Blick auf die Objekte – ja mit der Wirkung eines Mikroskops oder Fernglases – sondern sie ermöglicht diesen Blick überhaupt erst. Der Begriff „klassisch“ wird für die Zeit von der Antike bis zum 20. Jahrhundert verwendet.

Im Rahmen einleitender Prolegomena werden diese und weitere Interdependenzen erläutert. Zugleich wird ein Konzept entwickelt, mit dessen Hilfe sich die (bis) heute als ‘klassisch’ bezeichneten oder zu bezeichnenden Theorien in ihren historischen Bedingungs-zusammenhängen darstellen und systematisch diskutieren lassen.

Diesem Konzept folgend werden in dem sich anschließenden Hauptteil die Theorien im Einzelnen vorgestellt und ihre Wurzeln bzw. theoretischen Weiterentwicklungen aufgezeigt. Sie sind in der Hauptsache chronologisch angeordnet, wobei verschiedene Modelle ergänzend versuchen, den reichhaltigen Stoff zu gliedern und auf den Begriff zu bringen. Jedes Kapitel wird mit bibliographischen Angaben abgeschlossen.

Daran anschließend erweitern eine Synopse und mehrere Register den abschließenden Überblick, der dem Leser auch einen ‘Quereinstieg’ in die faszinierende Geschichte der klassischen Theorien der Politik ermöglicht. Der Begriff ‘abschließend’ aber meint nicht ‘endgültig’. Denn – in Abwandlung eines Gedankens von Ludwig Wittgenstein – noch nicht sehr viel wäre erreicht worden, wenn die Probleme der Theorien der Politik selbst vollständig dargestellt und endgültig gelöst wären.

Das Spezifische dieser Darstellung der „Theoretiker der Politik“ kann in folgendem gesehen werden:

- Es ist ein Versuch, die politischen Theorien aus der Zeit und den persönlichen Lebensumständen des jeweiligen Autors heraus zu verstehen. Dabei geht es zunächst um die genaue Textexegese – also um die Hermeneutik –, aber auch um das Gespräch neuzeitlicher Interpreten mit dem historischen Autor. Ferner soll auch die Zeit- und Sozialgeschichte des historischen Autors zur Sprache kommen, die bisher allzu sehr vernachlässigt worden ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass einer kranken materialistischen Interpretation das Wort geredet wird; vielmehr soll neben der Wissens- bzw. Wissenschaftsgeschichte auch die Sozialgeschichte des jeweiligen Autors einbezogen werden.

- Selbstredend sind die Darstellungen aus heutiger Sicht geschrieben worden. Es fließen - um mit Hans-Georg Gadamer zu argumentieren – zwei Horizonte ineinander, der Vergangenheitshorizont des historischen Autors und der Gegenwartshorizont des heutigen Interpreten. Durch die Verschmelzung solcher vermeintlich getrennter Horizonte entsteht Verstehen.
- Die Auswahl der Autoren ist in diesem Sinne notwendigerweise subjektiv gefärbt. Jedoch wird der Anspruch erhoben, dass ich die für den gegenwärtigen Diskussionsstand wichtigsten Autoren ausgewählt habe, oder zumindest habe zur Sprache kommen lassen. So taucht z. B. ein Autor in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder auf: Carl Schmitt.
- Einige Darstellungen werden mit ihren Aussagen bis in die Gegenwart verlängert, um ihre Aktualität unter den veränderten Bedingungen der Jetztzeit deutlich zu machen. So wird das Politikverständnis von Machiavelli als moderne Handlungstheorie umformuliert, die utopische Literatur von Thomas Morus bis in die Gegenwart weiterverfolgt, Kants Theorie des Friedens vor historischem und theoriegeschichtlichem Hintergrund geprüft oder der elitentheoretische Ansatz unter den Bedingungen demokratischer bzw. zivilgesellschaftlicher Sichtweisen diskutiert. Nach dem Scheitern der realsozialistischen Experimente stellt sich die Frage nach den Gründen, die möglicherweise (auch) in der Theorie von Marx und Engels zu finden sind. Diese Ausführungen sowie die zu den Elitentheoretikern wie vor allem zu Robert Michels spiegeln das Interesse an der Aufarbeitung fehlgeleiteter Entwicklungen weg von demokratischen hin zu totalitären Regimes.
- Exemplarisch wird auf einige Autoren der Gegenwart eingegangen, die sich mit der Rolle befassen, welche Autoren der Vergangenheit in der theoretischen und politischen Diskussion der Gegenwart gespielt haben: Francis Fukuyama etwa führt Hegel als Kronzeuge in der Diskussion über das Ende der Geschichte an, was die Frage aufwirft, ob er damit diesem historischen Autor gerecht geworden ist. In postfaschistischer Zeit geht es um den Nachweis, inwiefern historische Autoren Denkfiguren eingeführt oder vertreten haben, die totalitäre Regimes erklären oder gar rechtfertigen können. Die Nachkriegsgeneration hat aber auch die Frage nach der (Mit-) Verantwortung für die Verbrechen totalitärer Regimes gestellt.
- Einige Aussagen historischer Autoren lassen sich aus der ex post Perspektive verifizieren bzw. falsifizieren. Dies trifft insbesondere auf geschichtsphilosophische und solche Aussagen zu, die prognostischen Anspruch erheben.
- Die Chronologie der Autoren wird nicht in beliebiger zeitlicher Abfolge geboten, sondern versucht, sie in den übergreifenden Kontext geschichtlicher Abschnitte zu stellen. Hellenismus, Renaissance, Liberalismus, Ancien Regime, Demokratiekrise und neuzeitliche Demokratie sind historische Referenzperioden, denen einzelne Autoren zugeordnet werden können.
- Die Darstellungen repräsentieren zugleich das, was das kulturelle Erbe Europas genannt werden kann. Dieses Erbe speist sich sowohl aus dem, was zum Gemeingut des „Westens“ zusammengewachsen ist, als auch aus dem, was die für sich zu be-greifenden national geprägten westlichen Kulturen als komplementäre Errungen-

schaften beigetragen haben. Die Drei-Kulturen-These, wie immer ergänzungsbedürftig, kommt in den Nationalkulturen des Britischen, Französischen und Deutschen zum Tragen. Bei den neueren Politiktheorien kommt selbstredend auch die US-amerikanische Politikwissenschaft zu Wort.

- Kalendarische Auflistungen historischer Ereignisse und persönlicher Lebensdaten der jeweiligen Autoren sollen solche Zuordnungen erleichtern. Die zusammenfassenden Synopsen am Ende des Buches ermöglichen es, die je spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Autoren nach systematischen Fragestellungen zu erfassen.
- Es wurde darauf geachtet, die Autoren selbst zu Wort kommen zu lassen. Zitate und die Wiedergabe ganzer für wichtig erachteter Passagen sollen dem Leser einen Eindruck auch von der Sprache des jeweiligen Autors vermitteln. Schaubilder, Übersichten und Zeittafeln sollen auch den optischen Zugang erleichtern.

Dieses Buch ist das Ergebnis langjähriger Beschäftigung mit einzelnen der behandelten Theoretiker, deren Darstellung z.T. in unterschiedlichen Versionen an anderen Orten publiziert worden sind.<sup>1</sup> Theoriegeschichte war auch Gegenstand mehrerer Vorlesungsreihen und Seminare an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Mein Dank gilt Thomas Kreiher und Mateus Stachura, die Teile dieses Vorlesungsskripts selbständig bearbeitet und wertvolle Ergänzungen und Hinweise gegeben haben, Jens Halfwassen, der wertvolle Anregungen zur antiken Philosophie gegeben hat, sowie Gerhard Frey, der das Manuskript sorgfältig gelesen hat. Die Verantwortung bleibt selbstredend beim Verfasser. Christoph Rohloff half bei der Durchsicht und Herausgabe der ersten Version des Manuskripts, Ulf Mayer und Sara Claro da Fonseca bei der zweiten und Pamela Jawad und Anne Jürgens bei der dritten Version, die um John Maynard Keynes, Joseph Schumpeter, Carl Schmitt, Hannah Arendt, John Rawls, Michael Walzer, Charles Taylor, Will Kymlicka, Francis Fukuyama und Colin Crouch erweitert worden ist. Ihnen allen gilt mein Dank.

Weitere Informationen zum Werk, die in der Voraufgabe in gedruckter Form vorlagen, finden Sie unter: <https://www.nomos-shop.de/39273>

Heidelberg im Frühjahr 2003/2018

*Frank R. Pfetsch*

---

1 Zu Prolegomena: Die politische Geschichte als Geschichte und die Geschichte als Wissens- und Sozialgeschichte. In: F. R. Pfetsch: Erkenntnis und Politik. Darmstadt: Wiss. Buchgesell. 1995, S. 23-50  
Zu Machiavelli: Machiavellis Handlungslehre. In: Politische Studien. Zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Erwin Faul. Hrsg. von R. Breitling und W. Gellner. Gerlingen 1988.  
Zur Elitentheorie: Von der liberalen Elitentheorie zur Theorie einer europäischen Zivilgesellschaft. In: Demokratie in Ost und West. Hrsg. von W. Merkel und A. Busch. Frankfurt: Suhrkamp, S. 496-519, 1999.  
Zu Utopie: Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens. In: Universitas, 47. Jhg, 4, April, S. 309-318, 1992.  
Zu Michels: Entscheiden - befehlen - gehorchen. Die Handlungstheorie im Banne der Demokratiediskussion um die Jahrhundertwende am Beispiel Robert Michels'. In: F. R. Pfetsch: Handlung und Reflexion. Darmstadt 1995, S. 19-59.



---

## Inhaltsverzeichnis

I.	PROLEGOMENA ZU EINER GESCHICHTE DER THEORIEN DER POLITIK: DIE POLITISCHE THEORIE ALS GESCHICHTE UND DIE GESCHICHTE ALS WISSENS- UND SOZIALGESCHICHTE .....	13
II.	DAS HELLENISTISCHE WELTBILD .....	45
	Die griechische polis und die demokratische Öffentlichkeit .....	47
	Platon (428–347 v.C.) .....	49
	Aristoteles (384–322 v.C.) .....	62
III.	DAS POLITISCHE DENKEN IM MITTELALTER .....	81
	Aurelius Augustinus (354–430) .....	83
	Thomas von Aquin (um 1225–1274) .....	87
	Marsilius von Padua (um 1280–1342/3) .....	88
IV.	DIE ITALIENISCHE RENAISSANCE .....	93
	Niccolo Machiavelli (1469–1527) .....	98
V.	Der Absolutismus und der Englische Liberalismus .....	131
	Thomas Hobbes (1588–1679) .....	131
	John Locke (1632–1704) .....	155
VI.	BEGINN DES NEUZEITLICHEN UTOPISCHEN DENKENS .....	181
	Thomas Morus (1478–1535) .....	181
	Die Gattungsliteratur „Utopie“ .....	185
VII.	LIBERALISMUS ALS EPOCHENBESTIMMENDES UND TRANSNATIONALES PHÄNOMEN .....	201
VIII.	DER ENGLISCHE LIBERALISMUS: SMITH, RICARDO, MILL, BENTHAM .....	209
	Adam Smith (1723–1790) .....	209
	John Stuart Mill (1806–1873) .....	223
IX.	DIE KRISE DES ANCIEN REGIMES: MONTESQUIEU, ROUSSEAU, TOCQUEVILLE .....	243
	Montesquieu (Charles-Louis de Secondat, Baron de la Brède et de Montesquieu) (1689–1755) .....	243

	Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) .....	265
	Alexis-Charles-Henri Clérel Comte de Tocqueville (1805–1859) .....	304
<b>X.</b>	<b>DEUTSCHER LIBERALISMUS ODER PREUSSENS ERZWUNGENER WANDEL: KANT, FICHTE, HUMBOLDT .....</b>	<b>319</b>
	Immanuel Kant (1724–1804) .....	319
	Johann Gottlieb Fichte (1762–1814) .....	353
	Wilhelm von Humboldt (1767–1835) .....	367
<b>XI.</b>	<b>DER DEUTSCHE IDEALISMUS UND DER MARXISMUS .....</b>	<b>385</b>
	Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) .....	385
	Karl Marx (1818–1883), Friedrich Engels (1820–1895) .....	401
<b>XII.</b>	<b>DIE KRISE DER LIBERALEN DEMOKRATIE UM DIE WENDE ZUM 20. JAHRHUNDERT .....</b>	<b>425</b>
	Die Klassischen Elitentheorien (Mosca, Pareto, Michels) als Antwort auf die Krise der Liberalen Demokratie und des Kapitalismus .....	425
	Gaetano Mosca (1858–1941) .....	428
	Vilfredo Pareto (1848–1923) .....	432
	Robert Michels (1876–1936) .....	445
	Elitentheorie: Theoretische Konsequenzen und politische Wirkung .....	471
	Max Weber (1864–1920) .....	489
<b>XIII.</b>	<b>NEUZEITLICHE DEMOKRATIETHEORIEN .....</b>	<b>525</b>
	Behavioralismus und Systemtheorie in der Politikwissenschaft (Parsons, Easton, Almond) .....	525
	Niklas Luhmann (1927–1998): Von der struktur-funktionalen Systemtheorie zur funktional-strukturellen Theorie .....	551
	John Maynard Keynes (1883–1946) .....	558
	Joseph Schumpeter (1883–1950) .....	561
	Carl Schmitt (1888–1985) .....	564
	Hannah Arendt (1906–1975) .....	566
	John Rawls (1921–2002) .....	572
	Kommunitarismus und „Multikulti“ – Walzer, Taylor und Kymlicka .....	576
	Michael Walzer (1935–) .....	577
	Charles Taylor (1931–) .....	579

## Inhaltsverzeichnis

---

Will Kymlicka (1962–) .....	581
Francis Fukuyama (1952–) .....	583
Colin Crouch (1944–) .....	585
Jürgen Habermas (1929–) .....	586
<b>PERSONENREGISTER .....</b>	<b>609</b>



---

# I. PROLEGOMENA ZU EINER GESCHICHTE DER THEORIEN DER POLITIK: DIE POLITISCHE THEORIE ALS GESCHICHTE UND DIE GESCHICHTE ALS WISSENS- UND SOZIALGESCHICHTE

*Politische Theorien sind einerseits logische Einheiten.  
andererseits bestehen sie aus Glaubenssätzen*  
George H. Sabine

## Einleitung

Auch Gedanken ‚im Kopf‘, von denen das bekannte Volkslied sagt, dass sie „frei“ sind,<sup>2</sup> sind politisch oder können es doch sein. Der Grund dafür liegt nicht darin, dass Menschen mental tätig sind – also dass sie z.B. denken, dass sie Ideen haben oder Utopien entwerfen – sondern, dass sie einen mentalen Zustand nach außen tragen, d.h.: sie handeln, wodurch sich direkt oder indirekt in der Außenwelt entweder etwas ändert oder eine Änderung verhindert wird.

## Das Politische

Als der Kern des Politischen muss also die Handlung angesehen werden, zu der auch die Sprache (im Unterschied zum intrinsischen Denken) gehört. Im Sinne einer Minimaldefinition lässt sich sagen: diejenige Handlung ist politisch, auf die die beiden folgenden Merkmale zutreffen:

Sie ist erstens *interessengeleitet* oder intentional, d.h. – sie ist nach Hegels Satz „Interesse ist nur vorhanden, wo Gegensatz ist“ – durch einen *Gegensatz* bestimmt und nicht durch einen Affekt oder unwillkürlich zustande gekommen – und:

Sie beruht zweitens auf einer Entscheidung, die ein einzelner oder eine Gruppe getroffen hat, und zwar mit dem Anspruch, dass sie für ein Kollektiv *verbindlich* gilt.<sup>3</sup>

Wenn man kontrollhalber fragt, was eigentlich nicht politisch – also privat – ist, so wird deutlich, dass ‚politisch‘ eines von jenen Prädikaten zu sein scheint, die sich auf alles irgendwie Menschliche anwenden lassen, insofern es nur konfliktbestimmt und intentional sowie öffentlich zugänglich und verbindlich ist. Bei der Bestimmung dieses allzu bedeutungsreichen Begriffs, wie sie in der Geschichte des politischen Denkens vorgenommen worden ist, mag der Vorwurf mitschwingen, es handle sich um einen Allerweltsbegriff oder sogar um eine „Leerformel“. Ernst Topitsch führt dazu aus: „Diese Leerheit ergibt sich aus dem Umstand, dass die Deutung des Universums mit Hilfe sozialer Modellvorstellungen und die Rückbeziehung des dergestalt ‚politisierten‘ oder ‚moralisierten‘ Kosmos auf das gesellschaftliche Verhalten des Menschen einen Zirkelschluss darstellt.“<sup>4</sup> Allgemeiner gesprochen: in Systeme – in unserem Falle in politische Systeme – werden Deutungen hineininterpretiert, die dann nach Taschenspieler-

---

2 Vgl. das „Lied des Verfolgten im Turm“. In: L.A. v. Arnim/C. Brentano: 1957, S. 646–8 i.Zshg.m. den Ausführungen von Theodor W. Adorno: 1980, S. 231ff.

3 Zieht man eine moderne Gesellschaft in Betracht, dann müsste dieser krude Politikbegriff zumindest noch durch das Postulat der Öffentlichkeit bzw. der öffentlichen Kontrolle ergänzt werden.

4 Ernst Topitsch: 1960, S. 237.

trick wieder hervorgezaubert werden. So besteht für Carl Schmitt das Wesen des Politischen im so genannten Freund-Feind-Verhältnis, ähnlich dem Gegensatz zwischen gut und böse als dem Kern des Moralischen oder schön und häßlich als dem Wesen des Ästhetischen. Erlischt der Gegensatz zwischen Freund und Feind, dann ist dies gleichbedeutend mit dem Ende des Politischen. Ähnlich hatten Friedrich Engels oder Helmut Schelsky geschlossen, dass bei Beendigung personaler Herrschaft Politik durch Sachzwänge ersetzt und damit obsolet werde. Eine strukturähnliche Logik bestimmt somit den Zirkelschluß: Ein bestimmtes, meist extremes Kriterium wird zum Bestimmungsgrund für das Phänomen des Politischen erklärt und nach dessen Wegfall sein Ende deduziert.

Wenn man dennoch bei der Minimaldefinition für das Politische bleibt, kann man ungeachtet der zahlreich möglichen Ja-aber Einwände, folgendes Beispiel konstruieren: Wenn Eltern ihr Kind auf eine bestimmte Schule schicken, so mag der Prozeß, der zu dieser Entscheidung führt, von vielen bewußten oder unbewußten, also auch politisch beeinflussten Motiven begleitet sein. Der letztendliche Akt der Entscheidung aber muss nicht als politisch, sondern als privat betrachtet werden. Wenn dagegen alle oder die meisten Eltern ihre Kinder auf bestimmte Schulen schicken, weil z.B. ein Gesetz den Schulbesuch obligatorisch vorschreibt, dann muss die Summe der letztlichen Einzelentscheidungen als politisch angesehen werden. Diese Kollektiventscheidung ist dann keineswegs selbstbestimmt, sondern besteht in der Befolgung vorgegebener, von politischen Instanzen bestimmter Normen. ‚Politisch‘ ist demnach diejenige Handlung, für die es mehrere miteinander konkurrierende oder konfligierende Alternativen gibt und für die sich ein Kollektiv entweder autonom und verbindlich entscheidet (was sich dann im Allgemeinen in einem Gesetz niederschlägt) oder die heteronom und verbindlich für ein Kollektiv entschieden wird, wobei der Kreis der Betroffenen größer ist als der der Entscheidungsträger. Für das politische Handeln ist der Rekurs auf die Sphäre der Öffentlichkeit darum auch eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Z.B. ist ein Pop-Konzert zwar öffentlich, darum aber noch nicht politisch. Was fehlt, ist die Verbindlichkeit einer Handlung, eine Entscheidung, der sich alle Betroffenen zu fügen haben.

Die Sphäre, in der Entscheidungen von einer politischen Zentralinstanz anerkannt werden müssen, ist in der Theoriegeschichte unterschiedlich bestimmt worden. Für die griechische Antike unterschied Aristoteles zwischen der privaten Hauswirtschaft (oikos) und der öffentlichen, sprich staatlichen Sphäre des Gemeinwesens (polis). Im Absolutismus bestimmte der Primat des Fürsten, was die Untertanen zu tun hatten. Der klassische Liberalismus unterschied zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und einem auf ein Minimum reduzierten Staat. Den Wandel von der liberalen Konkurrenz- zur organisierten Massengesellschaft kennzeichnete Karl Mannheim durch drei Fundamentalprozesse: Desintegration traditioneller Gemeinschaften, fortschreitende Verstaatlichung der Gesellschaft, bzw. Vergesellschaftung des Staates und schließlich Politisierung aller gesellschaftlichen Schichten.<sup>5</sup> Die die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnende Trennung von Privat und Öffentlich, von Intim- und Gesellschaftssphäre, unterliege

---

<sup>5</sup> Vgl. Karl Mannheim: 1958, S. 52ff.

einem „Strukturwandel“ (Jürgen Habermas), der durch gesteigerte Verflechtung von privater und öffentlicher Sphäre gekennzeichnet sei und auch die Intimsphäre beträchtlich einschränke.<sup>6</sup> Harry Eckstein glaubt diese Entwicklung sogar als säkularen Trend erkannt zu haben: „... what grows in political development is politics as such – the political domain of society. Through political history, political authority and competition for politically allocated values have continually increased. Using Durkheim’s terminology, we might regard this as growth in ‘political density’, perhaps as a special aspect of a growing ‘moral density’. More and more political interactions occur, overall and in place of non-political interactions.“<sup>7</sup> Eine Konvergenz von privater und öffentlicher, von gesellschaftlicher und staatlicher Sphäre postulieren auch moderne Interventions- und Korporatismustheorien. Neuere System-, Kommunikations-, sowie Pluralismustheorien, ganz zu schweigen von postmodernen Theorieansätzen, sehen das gesellschaftliche Ganze in Subsysteme differenziert, die mehr oder weniger ein autonomes, sich selbst organisierendes Ensemble bilden, das zentraler Steuerung sich entzieht. Postmoderne Theorien liegen somit quer zum „Gesetz der Politisierung“ von Mannheim bis Eckstein. Was gilt nun? Es kann gezeigt werden, dass die Prozesse der Politisierung und Differenzierung sich nicht notwendigerweise ausschließen; gesellschaftliche Differenzierung kann Politisierung bedeuten; nur ist mit Politisierung etwas anderes gemeint als die Verbindlichkeit von Entscheidungen einer zentralen Instanz. Die Verbindlichkeit gilt bei ausdifferenzierten staatlichen (Regionen, autonomen Provinzen, Bundesländern etc.) und gesellschaftlichen Systemen (Verbänden, Kirchen etc.) dann nicht mehr für das gesamte Staatsgebiet bzw. für die Gesellschaft, sondern für die jeweiligen Teilbereiche. Statt einer politischen Zentrale gibt es mehrere politische Zentren, die je nach Sachgebieten verbindliche Entscheidungen treffen können. Das Staatliche, das in erweitertem Sinne mit dem englischen Begriff ‚government‘, bzw. noch weiter gefasst mit dem Begriff ‚governance‘ zu kennzeichnen ist, muss im Zentrum des Politischen bleiben, auch wenn die Politisierung über diesen Bereich hinaus und in den gesellschaftlichen Bereich hineingeht. Das Private, also das der engeren Lebensgemeinschaften, bleibt gegenüber dem Öffentlichen im Kontext von Raum und Zeit abgrenzbar.

### Was ist eine Theorie der Politik?

Ein Ensemble von Sätzen, das sich auf eine politische Handlung direkt oder indirekt, verstehend oder erklärend, bezieht, kann man eine Theorie der Politik nennen.

Im *weiteren Sinne* handelt es sich hierbei zunächst um eine Orientierungsleistung, d.h. um ein theoretisches Konstrukt, worunter – neben den unten erklärten Ideologien und Utopien – vor allem Ideen, Modelle, Lehren, Gesetze, Typologien, Begriffe und Hypothesen verstanden werden. Im Einzelnen gilt dazu:

*Begriff:* Ein politischer Begriff ist ein Terminus, der ein für die Politikwissenschaft relevantes, einzelnes Phänomen sprachlich benennt, es definiert und damit identifizierbar macht. Es kommt darauf an, dass innerhalb einer Theorie jeder (Grund-)begriff mög-

---

6 Vgl. Jürgen Habermas: 1962.

7 Harry Eckstein: 1982, S. 469ff.

lichst eindeutig ist und seine Bedeutung nicht beständig wechselt; z.B. sind Namen keine Begriffe, aber in Begriffen können Namen vorkommen (etwa: Keynesianische Wirtschaftspolitik). Grundbegriffe der Politikwissenschaft sind u.a.: ‚Demokratie‘, ‚Elite‘ und ‚Masse‘, ‚Legitimität‘, ‚Macht‘, ‚Pluralismus‘, ‚Staat‘ etc. Anders verhält es sich mit Begriffen, die zur Politikgestaltung in die öffentliche Arena getragen werden. Wer Begriffe besetzt, kann damit Politik gestalten. Die jüngsten Beispiele dafür sind die Leitkulturdebatte („deutsche Leitkultur“) und die Stolz-Debatte („Stolz sein auf Deutschland“). Hier werden Begriffe politisch besetzt, d.h. werden je nach politischem Lager unterschiedlich interpretiert und können damit inhaltlich erst aus dem politischen Kontext heraus erschlossen werden.

*Idee:* Eine Idee ist eine weniger strikte Ordnungsvorstellung als z.B. eine Theorie und braucht sprachlich noch nicht ausformuliert zu sein; eine Idee existiert von daher lediglich ‚mental‘, also als Gedanke oder als Vorstellung ‚im Kopf‘ wie z.B. die Idee einer gerechten oder theokratischen Gesellschaft, die Idee der Freiheit.

*Modell:* Ein Modell ist eine formal(isiert)e Theorie, also eine Konstruktion, die von realen Inhalten abstrahiert, um dadurch das Verstehen oder Erklären zu vereinfachen; im Modell werden wichtige und für relevant gehaltene Merkmale eines Phänomens hervorgehoben und mit anderen Modellkomponenten in Beziehung gesetzt. Das Modell der vollständigen Konkurrenz für das Verständnis der Ökonomie in der Frühphase des Liberalismus oder das Modell des liberalen Besitzindividualismus könnte man als Beispiele nennen.

*Typus:* Typus ist dem Modell ähnlich, jedoch ist die Reichweite geringer. Typen sind demnach Konstruktionen, die eine bestimmte Anzahl von empirisch feststellbaren Phänomenen auswählen und zusammenfassen, wiederum zum Zweck des Verstehens oder Erklärens. Z.B. werden Typen gebraucht, um die verschiedenen Herrschaftsformen (Basisdemokratie, repräsentative Demokratie, Autoritarismus, Totalitarismus) der Kapitalismusarten (Früh-, Hoch-, Spätkapitalismus) von einander abzugrenzen.

*Lehre:* Eine Lehre ist eine Theorie oder lediglich ein Ausschnitt daraus, durch die eine Handlungsanweisung gegeben wird, um ein bestimmtes Problem zu lösen, wie z.B. die Lehre von der Gewaltenteilung, wie sie Montesquieu entwickelt hat, oder die Zwei-Reichen-Lehre von Augustinus, die Reichsverfassungslehre von Pufendorf, die Staatslehre von Hegel.

*Gesetz:* Ein Gesetz ist ein häufig bestätigter Satz der Form: ‚Alle x sind y‘ oder: ‚Immer wenn x der Fall ist, dann ist auch y der Fall‘. In den Sozialwissenschaften gelten Gesetze aber nur unter einer großen Anzahl von (historischen) Bedingungen, so dass sie keineswegs beliebig reproduzierbar sind wie z.B. das Gesetz der Oligarchie von Robert Michels, oder das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate von Karl Marx.

*Ideologie:* Ideologie kann definiert werden als ein Bündel von Glaubenssätzen, die von einer größeren Gruppe anerkannt werden, Werte und Tatsachen enthalten und eine politische Handlungsfunktion erfüllen, d.h. Elemente aktiv orientierten politischen Denkens enthalten.<sup>8</sup> Sie sind damit handlungsleitend und handlungsrechtfertigend.

---

<sup>8</sup> Vgl. hierzu auch Evert Vedung: 1982, S. 84; Robert Heeger: 1976, S. 40; Walter Carlsnaes: 1986, S. 168.

*Utopie*: Bei der Utopie handelt es sich um ein positives oder negatives Gegenbild zur Wirklichkeit, d.i. um eine formale Konstruktion, die nicht induktiv, durch Realanalyse gewonnen worden ist, sondern die idealiter gesetzt wurde, als eine Leitvorstellung für Denken und Ersinnen. Tatsächlich enthält sie aber das Bewußtsein der Zeit; sie übersetzt es in eine neue politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung und konzipiert sie als ein erstrebenswertes Ideal bzw. abschreckendes Negativbild. Eine Utopie ist primär nicht zu dem Zwecke geschaffen worden, um die Realität zu verstehen (Theorie) oder sie zu rechtfertigen (Ideologie); vielmehr verfolgt sie als ein positiv besetztes Wunschbild oder als ein Bild der Abschreckung ausschließlich heuristische Absichten. Sie dient m.a.W. der Entdeckung von Alternativen und fungiert qua Gedankenexperiment als deren erster Test.

Im *engeren Sinne* handelt es sich bei einer Theorie der Politik um ein vom Individualfall ausgehendes, aber diesen durch Abstraktion transzendierendes Satzgefüge, in dem eine ausgewählte Reihe von Vorstellungen über empirisch zu erkennende Sachverhalte thematisiert wird. Solche Theorien der Politik kommen im Alltag beständig vor, ohne dass sie deshalb immer explizit als solche gekennzeichnet wären; hier wie auch in der Politikwissenschaft, die vom Common Sense nur graduell, nicht generell getrennt ist, haben sie sowohl eine im Allgemeinen unhintergehbare, konservative – als auch eine im einzelnen ständig innovative Funktion. Damit ermöglichen sie Politik, unterliegen ihr aber gleichzeitig. Für den Menschen sind sie ein Instrument, von dem nicht abstrahiert werden kann und das politisches Wissen überhaupt erst schafft und in Gang setzt. Andererseits unterliegen sie aber auch denjenigen Konsequenzen, die sich aus diesem Wissen ergeben (können). Noch einmal anders gewendet kann man sagen, dass an diesen Theorien zweierlei ‚politisch‘ ist: Erstens, sie thematisieren politische Gegenstände und zweitens, sie sind selbst, im Moment ihres Entstehens wie im weiteren Verlauf der Zeit, der Politik unterworfen.

Diese wechselseitige Abhängigkeit oder Objekt – Subjekt – Interdependenz könnte man dadurch auszudrücken versuchen, dass man von einer ‚Kritik der politischen Theorie(geschichte)‘ spricht, die einerseits selbst kritisiert und andererseits zugleich auch kritisiert wird. Wenn es nämlich Theorien der Politik gibt, dann gibt es auch eine Politik der Theorien. Genau darin besteht ja *Politik*, dass sie sowohl Subjekt als auch Objekt ist, während die *Wissenschaft* von der Politik, insbesondere die Subdisziplin der Politischen Theoriengeschichte, darüber hinaus beides zur Darstellung bringt oder nach jeweils unterschiedlichen Konzeptionen im einzelnen darzustellen versucht.

Die politische Theorie bzw. die Beschäftigung mit der Geschichte politischer Theorien hat außerdem aber auch, wie jede Theorie, u.a. die Funktion, bereits existierende Wissensbestände zu überprüfen und zu ordnen, das Wesentliche vom Marginalen zu trennen, die Orientierung zu erleichtern, Zusammenhänge zu finden etc. Nur spielt dabei nicht das Wissen überhaupt eine Rolle – dies wäre eher die Aufgabe der Epistemologie oder der Wissenschaftstheorie – sondern lediglich derjenige Ausschnitt des Wissens, der für die Politik relevant ist.

### Drei Theorietypen

Aus didaktischen Gründen und der Übersichtlichkeit halber kann man innerhalb der Sphäre des Politischen drei metatheoretische Positionen sinnvoll voneinander unterscheiden; d.s. der normative, der dialektische und der nomologische Typus.

In diesem Sinne wäre eine Theorie dann ‚*normativ*‘ zu nennen, wenn in ihr vor allem dafür argumentiert wird, einen bestimmten oder auch mehrere Wert(e) zu realisieren, weil gerade diese Wert-Verwirklichung eine optimale Lösung des Problems darstelle, wie das Zusammenleben der Menschen auf eine moralisch gute und dauerhafte Basis gestellt werden kann. Dieser Theorietyp ist daher ein Objekt des Glaubens, der Überzeugung oder der Verbindlichkeit in der Suche nach der guten Ordnung oder der besten Verfassung.

Eine Theorie wäre dagegen dann eher ‚*dialektisch*‘ zu nennen, wenn sie nicht für einen bestimmten Optimal- oder Idealzustand argumentiert, sondern wenn sie die Dynamik desjenigen Prozesses thematisiert, der dadurch bestimmt wird, dass mit jeder Definition, Wertsetzung oder Zielerreichung auch die Gegendefinition, die Umwertung oder die Zielalternative evoziert werden. Dieser Theorietyp versucht durch Kritik des Bestehenden Veränderungen einzuleiten, die auf eine Emanzipation des Menschen gerichtet sind.

Eine Theorie wäre dagegen dann als ‚*nomologisch*‘ zu bezeichnen, wenn sie überwiegend ein Wissen mit hypothetischem Status generiert, das nicht darauf ausgerichtet ist, etwas Singuläres überhaupt erst als dieses Singuläre zu identifizieren (Verstehen), sondern wenn sie ein Wissen hervorbringt, das mit anderem Wissen konditional oder kausal verbunden ist (Erklären).

### Theorien in Abgrenzung

Eine weitere Unterscheidung ist notwendig, bevor die Frage erneut aufgeworfen wird, was man unter Politischen Theorien zu verstehen hat. Bisher ist die Wertebene noch wenig berücksichtigt worden, die durch die *Ideologien* ausgefüllt wird. Während Theorien – wie gesagt – die Funktion haben, Erklärungen zu liefern und Einsichten in Zusammenhänge zu ermöglichen, haben Ideologien, wie zuvor definiert, vor allem zwei Funktionen: eine normative, um politische Vorgaben zum Handeln zu liefern und eine legitimatorische, das heißt Rechtfertigungen für (theoretische) Aussagen zu produzieren. Sie erfüllen im weiteren Sinne für politisch Handelnde eine Sozialisations-, Integrations- und Rechtfertigungsfunktion. Für die wissenschaftliche Analyse bedeutet dies, dass sie eine Einordnung politischer Vorgänge sowie eine Zuordnung partei- oder verbandspolitischer Programmatik zu historischen Großaggregaten (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Kommunismus etc.) ermöglichen.<sup>9</sup> Nach Carl Joachim Friedrich handelt es sich bei Ideologien um ein Bündel von Ideen, die sich auf die existierende politische und soziale Ordnung beziehen, und zwar mit der Absicht sie zu ändern oder zu verteidigen<sup>10</sup>. Demgegenüber erscheint die Definition von Karl Marx zu

---

<sup>9</sup> Vgl. Frank R. Pfetsch: 1985, S. 93.

<sup>10</sup> Carl Joachim Friedrich: 1963, S. 89.

eng, wenn er postuliert, dass es sich bei Ideologien um ein falsches Bewußtsein handelt; in ähnlicher Weise erklärt auch Franz Neumann, dass der Ideologiebegriff allein für falsches, aber gleichwohl in einer bestimmten historischen Situation sozialer Gruppen und Klassen notwendiges Bewußtsein gelten sollte. Da es aber nicht gelingt, den Bereich der theoretischen Wissensermöglichung von dem Bereich der ideologischen Wissensrechtfertigung scharf zu trennen, darum gibt es auch keine Theorie der Politik, die nicht auch (in einem jeweils eigens zu bestimmenden Grade) normativ wäre. Pointiert muss man sogar sagen: jede Theorie der Politik, selbst diejenige des nomologischen Typus, muss auch normativ sein, wenn sie überhaupt in der Lage sein soll, die Erkenntnis auf den Weg zu bringen. Die – insbesondere von Max Weber – geforderte Werturteilsfreiheit ist damit selbst keineswegs werturteilsfrei, und sie kann und soll es auch nicht sein.

### **Erweitertes Verständnis: Was ist ‚Politische Theorie‘?**

Man kann sagen, dass es sich, wie bei allen Theorien, so auch bei den Theorien der Politik, der Form nach um ein Ensemble von Sätzen handelt. Sie bestehen in Anbetracht des kognitiven Inhalts erstens aus Aussagen, die grundsätzlich revidierbare, neue Informationen über empirisch konstatierbare und politisch relevante Tatsachen, Ereignisse und Zustände liefern. Zweitens bestehen die Theorien der Politik aus verallgemeinernden Aussagen, bis hin zu Gesetzen, die aber ebenfalls unter einem beständigen Revisionsvorbehalt stehen. Hinzu kommen drittens – durch Alternativen ersetzbar – Festsetzungen oder Nominaldefinitionen sowie viertens Wertungen, welche letztere bisweilen, unter dem Stichwort ‚Ideologie‘, selbst pejorativ bewertet werden.

Noch einmal zusammengefasst kann man darum sagen: Je nach Theorientypus bestehen Theorien der Politik aus Aussagen, von denen einige das politische Wissen erweitern oder verallgemeinern (synthetische Sätze), während andere es sprachlich bestimmen oder erläutern (analytische Sätze) und wieder andere es bewerten (normative Sätze). Nur empirisch relevante Aussagen erweitern oder verallgemeinern das Wissen, Definitionen bestimmen oder erläutern es, während jeder Rekurs auf Ideologien es bewertet. Allerdings ist keiner dieser Aussagetypen isolierbar und damit eliminierbar, d.h. es ist unmöglich, eine Theorie zu kreieren, die nicht selbst wertend wäre oder in der es keine Wertaussagen gibt.

### **Das Spektrum der Konzeptionen politischer Theoriegeschichte**

Neben den zahlreichen, zumeist *philosophisch – systematischen* Analysen für oder gegen eine bestimmte Theorie oder eine bestimmte rechtspolitische Argumentationsfigur (wie z.B. der Rekurs auf den Naturzustand oder den Vertrag), sind die bisherigen *historischen* Darstellungen dieser Theorien nach ganz unterschiedlichen Konzeptionen und Akzentsetzungen geschrieben worden. Aus dem breiten Spektrum der Darstellungsmöglichkeiten seien hier die wichtigsten herausgegriffen:<sup>11</sup>

---

11 Einen Überblick und eine Diskussion der wichtigsten Literatur findet man in:  
U. Bernbach (Hrsg.): 1984 = PVS Sonderheft 15 (1984),  
J.W. Falter/G. Göhler: 1986. In: K. v. Beyme (Hrsg.): 1986

- In der Forschung sind etwa besonders relevante *Ideen, Denkfiguren oder Begriffe* (wie z.B. die Idee des Besitzindividualismus, die Staatsideen der Souveränität, der Staatsräson oder der Politischen Romantik, die Denkfiguren des Naturzustandes, des Sozialvertrags, der politischen Dämonie bzw. des politischen Messianismus oder bestimmte Begriffe wie Macht, Herrschaft, Nation etc.) über die Jahrhunderte hinweg mit dem Ziel verfolgt worden, Wandlungen oder Kontinuitäten festzuhalten.<sup>12</sup>
- Oder man ist von zentralen politischen *Handlungsprozessen* oder bestimmten *Strukturelementen* der politischen Ordnung ausgegangen (z.B. der Willensbildung, der Entscheidungsfindung und Durchsetzung oder der Machtverteilung), um dann die Frage zu beantworten, wie, zu welchen Zeiten und von welchen Autoren bestimmte Lösungen angeboten worden sind.<sup>13</sup>
- Oft ist eine *Epoche* und der ihr eigene politische Denkstil (etwa: ‚die Renaissance und der politische Realismus Machiavellis‘ oder ‚Kant und das Zeitalter der Aufklärung‘) dargestellt worden; dabei wurden die Autoren nach historischen Zeitabschnitten (z.B. des Absolutismus, der Revolutionen, des Imperialismus) abgehandelt;
- oder sie werden *chronologisch* gegliedert (z.B. nach dem Schema: Antike, frühe Neuzeit, Neuzeit, Gegenwart, Moderne, Postmoderne etc.).<sup>14</sup>
- Eine andere Darstellungsform besteht entweder in der Analyse bestimmter *Denkrichtungen* (z.B.: der Machiavellisten, Frühliberalen, Elitetheoretiker), von *Forschungsansätzen* (wie z.B. den Entscheidungs-, Kommunikations- oder Machtansätzen) oder von *theoretischen Perspektiven* (z.B. nach dem Potential von Konflikt und Integration).<sup>15</sup>
- Auch ist es möglich, die besonderen Erscheinungen und die Entwicklung von *Großideologien* (wie: Konservativismus, Liberalismus, Sozialismus etc.) zu verfolgen<sup>16</sup>
- oder die Geschichte bestimmter *Herrschaftssysteme und Regierungsformen* idealtypisch zu untersuchen (wie z.B. die verschiedenen Ausprägungen der Demokratie, des Autoritarismus oder des Totalitarismus).<sup>17</sup>
- In manchen Darstellungen werden ausgewählte Theoretiker als *zeittypische Repräsentanten* einer bestimmten geschichtlichen Epoche oder Gesellschaftsformation vorgestellt (etwa: die frühliberalen oder ‚bürgerlichen‘ Theoretiker)<sup>18</sup>,

---

U. Bernbach: 1986. In: K. v. Beyme (Hrsg.): 1986, S. 118–41 und 142–67= PVS Sonderheft 17 (1986).

12 Vgl. die Beiträge von: A. Brecht (1961); C.J. Friedrich (1963); C.B. Macpherson (1967) u. (1973); R. Zippelius (1985); D. Sternberger (1984).

13 Vgl. die Beiträge von: C.J. Friedrich/Z. Brzezinski (1956); E. Fraenkel (1979); F. Naschold (1972); J.L. Talmon (1961).

14 Vgl. die Beiträge von: E. Braun et al.: 1984; H. Fenske et al.: 1987; I. Fetscher/H. Münkler: 1985 u. 1986; J. Touchard: 1962.

15 Vgl. die Beiträge von: J. Burnham: 1949; J.H. Meisel: 1962; K. v. Beyme: 1984; F. Naschold: 197).

16 Vgl. die Beiträge von: K. Lenk: 1971; K. Lenk/B. Franke: 1987; F. Neumann: 1977; G. Sartori: 1962.

17 Vgl. die Beiträge von: C.J. Friedrich/Z. Brzezinski: 1957; E. Fraenkel: 1979; C.J. Friedrich: 1963; G. Sartori: 1962.

18 Vgl. die Beiträge von: R. Kühnl: 1971; W. Euchner: 1972; W. Röhrich: 1979.

- oder die Theorien der Politik werden aus einer Perspektive gesehen, die die Geschichte ihres Gegenstandes als eine Form der Überlagerung auffaßt bzw. ihr das *Schema von Blüte und Verfall* unterlegt, um dieses dann zu exemplifizieren (z.B.: Aufstieg und Fall des Römischen Reiches, the Rise and Fall of the Great Powers).<sup>19</sup>
- Auch ist es eine gängige Darstellungspraxis, *einzelne Theorien* auf bestimmte staatliche oder kulturelle Einheiten zu beziehen, d.i. insbesondere die nationale oder regionale Geschichte (wie z.B. die Theoretiker der englischen Moralphilosophie, der französischen Revolution, des europäischen Nationalismus, der Aufklärung in Deutschland).<sup>20</sup>
- Einige Autoren von Ideen- bzw. Theoriengeschichten beschäftigen sich auch mit *methodologischen und erkenntnistheoretischen Fragestellungen* (wie z.B. mit der Frage nach der Trennung von Sein und Sollen, der Frage nach der Funktionsweise des ‚Idealtypus‘, des Vergleichs, der den Theorien noch übergeordneten Paradigmata etc.).<sup>21</sup>
- Schließlich sind Darstellungen der politischen Ideengeschichte *chronologisch nach Autoren* angelegt ohne übergreifende Konzeption.<sup>22</sup>

### **Neue Forderungen an eine Theoriegeschichte. Ansätze zu einer Theorie politikwissenschaftlicher Theorien**

Die meisten Autoren theoriegeschichtlicher Darstellungen haben eine Mischform dieser Ausrichtungen gewählt. Gegenüber den genannten, eher traditionellen Konzeptionen wäre jedoch zweierlei ein Desiderat:

- Erstens eine Darstellung der klassischen Theorien der Politik sowohl als Wissens-, als auch als Sozialgeschichte und
- zweitens eine Synthese von Wissens- und Sozialgeschichte.

Dabei kommt es jedoch darauf an, die erwähnte Subjekt-Objekt-Interdependenz zu berücksichtigen. Denn, wie bereits erläutert: Jede Theorie steht in einem historischen, politischen, ökonomischen Kontext, den es deshalb zu interpretieren und zu rekonstruieren gilt, weil er für die Theorienproduktion der Autoren sowohl zu einem Bedingungsfaktor als auch zu einem Untersuchungsgegenstand, also zu einem Stoff wird (Produktionsphase des Autors), der nach seiner theoretischen Durchdringung auf die Außenwelt zurückwirken kann (Rezeptionsphase durch Politiker, Wissenschaftler).

Bei dem *sozialgeschichtlichen Interpretationsaspekt* ist zu beachten, dass der hier verwendete Begriff ‚Sozialgeschichte‘ nicht mit demjenigen gleichlautenden Begriff verwechselt werden darf, der in der Geschichtswissenschaft gilt. Während der Historiker

---

19 Vgl. die Beiträge von: E. Bloch: 1962 u. 1973; C.J. Friedrich: 1955, S. 149–171; G.W.F. Hegel: 1970; Montesquieu: 1980.

20 Repräsentativ hierfür ist der Beitrag von J. Touchard: 1962.

21 Vgl. die Beiträge von: K. v. Beyme: 1984; A. Brecht: 1961.

22 Vgl. L. Strauss/J. Cropsey: 1987; H. Maier/H. Rausch/H. Denzer: 1986/7; D. Germino: 1972.

die „Geschichte sozialer Strukturen -, Prozesse und Handlungen“ meint,<sup>23</sup> also sub-gouvernementale soziale Bewegungen in ihrem geschichtlichen Auftreten, wird ‚Sozialgeschichte‘ hier unter dem Gesichtspunkt der Interdependenz von gesellschaftlichen Faktoren und der Theorieproduktion gesehen. Gefragt wird nach den geschichtlichen Umständen, den sozialen, ökonomischen oder kulturellen Gegebenheiten, die die Theorien inhaltlich oder formal beeinflusst haben. Zwar ist der Einfluß gesellschaftlicher Determinanten auf die Strukturen und Inhalte des Wissens nach wie vor ein viel diskutiertes Thema der Wissenschaftssoziologie bzw. Wissenschaftsforschung; es steht aber außer Frage, dass das Wissen *auch* von zeitgeschichtlichen Umständen (wissenschaftsexterne Bedingungsfaktoren) und von der sozialen Umgebung (Sozialsystem der Wissenschaft) des jeweiligen Autors abhängt. Die Art der Interdependenz ist jedoch von Autor zu Autor unterschiedlich und muss darum jeweils von Fall zu Fall bestimmt werden. Dabei behandelt ein Aspekt der Sozialgeschichte die möglichen Auswirkungen von theoretischen Arbeiten auf die Realgeschichte, stehen hier die Fragen der Verantwortlichkeit von Autoren für humanitär nicht zurechtfertigendes Handeln im Vordergrund; in diesem Sinne wurde beispielsweise die Geistesgeschichte von den Vertretern der nachfolgenden Sozialgeschichte zur Rechenschaft gezogen.<sup>24</sup>

Der sozialgeschichtliche Interpretationsaspekt meint erstens eine Explikation aller spezifischen historisch – sozialen Rahmenbedingungen R1 zum Zeitpunkt t-0, die zu einer Theorie geführt haben. Dazu gehört zweitens eine Vermittlung von Kenntnissen über das Bewußtsein der Theoretiker X bezüglich dieser historischen Rahmenbedingungen R1, sowie drittens die Transparenz des erkenntnisleitenden Interesses der Interpreten Y, die von einem heutigen Point of view (R2) aus einer historischen Theorie und ihren Autor zu verstehen versuchen.

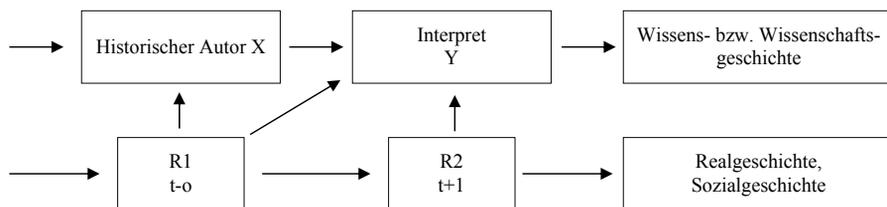


Schaubild 1: Sozialgeschichtliches Interpretationsmodell

Dabei hat es über die Zeit hinweg die unterschiedlichsten Antworten auf einige, nahezu konstant gebliebene Leitfragen gegeben. Zu ihnen gehören das Verständnis von Entscheidungsleistungen (Effektivität) ebenso wie die Kontrolle, die Partizipation von Entscheidungsträgern und die Implementation von Entscheidungsprozessen. Die relative Konstanz dieser Leitfragen legt es nahe, dass man unabhängig von dem breiten

23 Vgl. z.B.: J. Kocka: 1986, S. 82. Die bisher überzeugendste Sozialgeschichte politischer Theorien hat George H. Sabine vorgelegt. Zwar ist auch in neuerer Zeit der Versuch unternommen worden, eine Sozialgeschichte zu schreiben, jedoch bleiben die Schilderungen geschichtlicher Umstände und die der politischen Theorien zu meist unverbunden nebeneinander stehen; vgl. z.B. die Arbeit von W. Röhrich: 1979.

24 Als Beispiele hierfür stehen Arbeiten von: Jürgen Fijalkowski zu Carl Schmitt, von Erwin Faul zu Machiavelli, von Walter Euchner zu John Locke oder von Frank Pfetsch zu Robert Michels.

Spektrum ihrer möglichen Antworten sogar von einem Weltgut politischer Theorien sprechen kann, das immer wieder in Betracht gezogen wird.

Bei dem von zahlreichen Autoren vertretenen *wissensgeschichtlichen Interpretationsansatz* steht die Frage im Vordergrund, wie durch Textinterpretation ein Autor verstanden werden kann, in welchen geistesgeschichtlichen Zusammenhang seine Analysen zu stellen sind und welche Wirkung eine Theorie auf Nachfolgetheorien gehabt hat.

Gegenüber den genannten, ganz unterschiedlichen Darstellungsformen und Aspekten der Stoffauswahl soll es bei unserem Ansatz weniger auf eine Abgrenzung, als auf eine Kombination bisher kaum beachteter inhaltlicher Schwerpunkte und besonders wichtiger formaler Konzeptionen ankommen. Zu den letzteren gehören vor allem die beiden folgenden Trichotomien:

Erstens gliedert sich eine Theoriegeschichte nach *Epochen, Autoren und Ländern*, wobei es für jede Theorie zweitens auf die interpretatorische Darstellung des *entstehungs- und rezeptionsgeschichtlichen Aspekts* sowie auf den *Aktualitätsbezug* ankommt. Drittens ergeben sich die inhaltlichen Schwerpunkte demgegenüber insbesondere aus einem *sozial- und einem wissenschaftsgeschichtlichen Interpretationsaspekt*. Letztere lässt sich noch einmal untergliedern, indem man *wissenschaftsexterne* und *wissenschaftsinterne* Bedingungsfaktoren voneinander unterscheidet.<sup>25</sup>

Diese Trichotomie kann man wie folgt entfalten:

### **Zur formalen Konzeption. Die erste Trichotomie: Die Unterscheidung zwischen Entstehungs-, Rezeptions- und Aktualitätszusammenhang**

Der ersten der beiden o.g. Trichotomien, nämlich Entstehungs-, Rezeptions- und Aktualitätsbezug, liegt die Überlegung zugrunde, dass nur im Rahmen einer Makroskopie der Epoche diejenigen Beziehungen verständlich werden können, die z.B. zwischen dem Aufkommen einer bestimmten Theorie der Politik und den verschiedenen Aspekten der realgeschichtlichen Entwicklung gelten. Die Theorie selbst dagegen muss in einer Mikroskopie zwar nicht ausschließlich, aber doch überwiegend autorenorientiert vorgestellt werden.

Der ergänzende Rekurs auf eine Gliederung nach Ländern erfolgt dagegen unabhängig von diesen beiden Gesichtspunkten, und zwar zum einen aus rein pragmatischen Gründen mit dem Ziel der Stoffeingrenzung. Darzustellen und zu untersuchen sind demnach diejenigen Theorien der Politik, die etwa ein in den westlichen Industriegesellschaften sozialisierter Zeitgenosse deshalb als ‚klassisch‘ bezeichnen würde, weil es gerade der Fundus dieser Theorien ist, die er explizieren müsste, wenn man ihn auffordern würde, die politische Funktionsweise dieser Gesellschaften zu erklären. Zum anderen kann durch den Rekurs auf eine Gliederung nach Ländern aber auch das Ziel erreicht werden, die jeweiligen, für ein Land typischen Theoreme modellhaft herauszu-

---

25 Diese Unterscheidung stammt aus der Wissenschaftsforschung. Hier hat die Debatte um marxistische vs. idealistische Ansätze zur Erklärung von Wissensprodukten zu der Unterscheidung von externalen und internalen Positionen geführt. Vgl. zur Wiedergabe dieser Diskussion über das Verhältnis von Gesellschaft und Wissen, von Sozialstruktur und Struktur des Wissens die Beiträge von: P. Weingart: 1976 und: 1972 u. 1974, sowie: F.R. Pfetsch: 1972, S. 15–28.

arbeiten, die etwa Standards der Problemlösung, der Methodik, der Wertung oder der Themenvorgabe betreffen. Dabei wird unterstellt, dass es *Denkstile* gibt, die an eine bestimmte (nationale) Kultur bzw. an eine bestimmte Sozial- und Wissenschaftsgeschichte gebunden sind; dieser Aspekt wird z.B. bei einer Gegenüberstellung des angelsächsischen und des preußischen Liberalismus deutlich.

**Zur formalen Konzeption: Die zweite Trichotomie: Die Unterscheidung zwischen externen und internen, sozialen bzw. kognitiven Bedingungsfaktoren**

Eine weitere Ergänzung der formalen Konzeption unseres Interpretationsansatzes für eine Theoriegeschichte hat man darin zu erblicken, dass es bei der Darstellung jeder Theorie auf die Dichotomie von wissenschaftsexternen und -internen Bedingungsfaktoren politischer Theoriebildung ankommt und nach den jeweiligen Determinanten gefragt werden muss, die den Prozeß der Theoriengenerierung maßgeblich leiten, also entweder von außen begrenzen oder von innen regulieren.

**Übersicht 1: Bedingungsfaktoren politischer Theorien**



**Der geschichtliche Hintergrund. Fünf wissenschaftsexterne Bedingungsfaktoren**

In einer Makroskopie sind wissenschaftsextern vor allem die fundamentalen realgeschichtlichen Prozesse und die konsequenzenreichen säkularen Entwicklungen zu berücksichtigen. Sie werden in einer anschließenden Mikroskopie im Einzelnen ausbuchstabiert werden. Wichtig sind diejenigen Bedingungsfaktoren, die die Theoriengenerierung bei einem Autor bzw. einer Autorengruppe maßgeblich beeinflusst haben, ohne dem Autor selbst Einflußmöglichkeiten einzuräumen. Denn jede Theorie steht in einem solchen historischen, politischen, ökonomischen etc. Situationskontext, den es deshalb zu rekonstruieren und zu interpretieren gilt, weil er für die Theorienproduktion der Autoren sowohl zu einem Bedingungsfaktor als auch zu einem Untersuchungsgegenstand, also zu einem Stoff wird. Die Klassiker der griechischen Antike, Platon und Aristoteles, lebten im fünften und vierten vorchristlichen Jahrhundert, die römischen Autoren Cicero im ersten vorchristlichen und Seneca im ersten nachchristlichen Rom; Thomas von Aquin ist der Welt der katholischen Kirche des Hochmittelalters verbunden, die Welt der oberitalienischen Stadtstaaten lebt in den Schriften von Marsilius

von Padua und Machiavelli; die französischen Religionskriege spiegeln sich in den Schriften von Jean Bodin wider. Die großen Naturrechtstheoretiker Grotius, Hobbes, Spinoza, Locke, Rousseau stehen in der Tradition absolutistischer Herrschaft des vorindustriellen siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Die Denker des aufklärerischen vor- und nachrevolutionären achtzehnten Jahrhunderts sind Diderot, Voltaire, Kant, Feuerbach und Humboldt. Das Denken des Handels- und Gewerbebürgertums verdichtet sich in Smith, Ricardo, Hegel, Hume oder Mill, die Kritik an dem aufstrebenden kapitalistischen Bürgertum in den frühsozialistischen und sozialistischen Schriften von Proudhon, Owen, Marx oder Engels und Lenin. Schließlich wird das zunächst noch machtpolitisch bestimmte 20. Jahrhundert vor allem von Hobson, Weber oder Schmitt auf den Begriff gebracht; die Tradition demokratischen Denkens wird nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommen und findet im amerikanischen Behaviorismus (Dahl, Easton, Almond) oder in der deutschen Sozialphilosophie (Habermas, Luhmann) seinen Niederschlag.

Die historische Konkretisierung, das heißt: die Berücksichtigung der wissenschaftsexternen Bedingungsfaktoren bzw. Untersuchungsgegenstände ergibt im Wesentlichen sechs Determinantenfelder:

### (1) Die Säkularisierung

Die Ablösung von religiös/christlich inspirierten Dogmen muss als ein Prozeß angesehen werden, der in der Neuzeit und in Westeuropa etwa mit Machiavelli beginnt und mit den philosophischen Entwürfen, insbesondere von Feuerbach, Marx und Nietzsche, zum Ausgang des 19. Jahrhunderts einen Abschluß findet. Dieser allmähliche Transformationsprozeß endet – um nur einen Indikator zu nennen – mit der Aufhebung des Wissen(schaft)smonopols der römisch-katholischen Kirche: säkulare Institutionen wie Schulen, Akademien, (reformierte oder neu gegründete) Universitäten und wissenschaftliche Gesellschaften gewinnen mehr und mehr Einfluß im Bildungs- und Kulturbereich. Dennoch darf dieser erste, nicht isoliert zu betrachtende Bedingungsfaktor, nämlich die Rolle von Religion und Kirche in den Theorien der Politik nicht als gering oder unerheblich eingestuft werden. Zu fragen wäre beispielsweise nach dem möglichen Zusammenhang zwischen dem konfessionellen Umfeld der Autoren und den von ihnen geschaffenen Theorien. Von Relevanz wäre auch die Berücksichtigung der Frage, wie z.B. bestimmte klerikale Institutionen auf Theorieinnovationen der Politik reagiert haben und welche persönlichen Folgen dies für den jeweiligen Autor hatte.

### (2) Die Ausbildung des Kapitalismus

Die Entwicklung neuer Fertigungs- und Handelstechniken führte überall in Europa und Nordamerika zu einer gravierenden Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Verteilung von Waren. Im Zuge dieses Industrialisierungsprozesses entstanden nicht nur neue soziale Schichten oder Klassen, deren politische Ansprüche erfüllt werden mussten, sondern auch zahlreiche Probleme, wie z.B. die Soziale Frage, deren Beantwortung zu neuen Theorien der Ökonomie und der Politik herausforderte und dafür andere Theorien diskreditierte und ablöste. Eine avantgardistische Rolle bei der Ausbildung des Produktions- (im Unterschied zum Handels-) Kapitalismus übernahm

England; in diesem Land wurden darum auch von Locke, Smith, Ricardo, Mill u.a. die ersten einflußreichen ökonomisch-politischen Theorien aufgestellt. Zu den Indikatoren, die die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und den damit einhergehenden politischen Problemdruck darzustellen in der Lage sind, gehören z.B. eine Untersuchung der Eigentumsverhältnisse, der Bedingungen für das Wachstum des Sozialprodukts oder die Verlagerung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf den sekundären bzw. tertiären Sektor, sowie die Rolle des Staates in diesen Prozessen. Gerade dieser Bedingungsfaktor, die Ausbildung des kapitalistischen Industriestaatensystems, ist bis heute von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Grundlagen moderner politischer Systeme; erst allmählich – und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs überblickbar – wird dieser Faktor durch die Ausbildung der sogenannten ‚Postindustriellen Gesellschaft‘ ergänzt und relativiert.

### (3) Die Nationenbildung

Während in der Neuzeit in England zwar die Ökonomie, aber nicht oder kaum die Nation bzw. der Staat zu einem Thema des politischen Nachdenkens wurde, galt für die Intellektuellen des europäischen Kontinents und insbesondere der deutschsprachigen Staaten das Gegenteil. Ähnlich wie Machiavelli und Botero bei den italienischen, erblickten u.a. Hegel und Fichte bei den deutschen Kleinstaaten primär in dem Thema der Nationenbildung eine Lösung für die Fragen der ökonomischen und politischen Rückständigkeit, und zwar schon aus Selbstbehauptungsgründen gegenüber den anderen, politisch wie territorial nicht zersplitterten europäischen Mächten. Zu den Indikatoren, die diese Hinwendung zu den Themen ‚Nationalstaat‘ und ‚Staatsouveränität‘ vornehmlich anzeigen können, gehört z.B. das Auftreten von Einigungsbewegungen, ökonomischen Zusammenschlüssen und die vermehrte Diskussion einer ganzen Reihe von national inspirierten Themen, bis hin zur Postulierung eines ‚Volksgeistes‘ (Herder) und der Rechtfertigung kriegerischer, kultureller, imperialistischer und nationaler Missionen im Rahmen der ‚Ideologie der deutschen Sendung‘. Die unterschiedlichen Formen der Nationalstaatsbildung in ihren je kulturellen Milieus hat nicht nur zur Ausbildung unterschiedlicher Regimes geführt, sondern auch zu ganz unterschiedlichen Denkstilen in der Politikwissenschaft. Mit Johan Galtung kann man unterscheiden: im sachsenischen Bereich den eher pragmatisch-induktiven, im gallischen Bereich den eher rhetorisch-stilistischen und im teutonischen Bereich den theoretisch-deduktiven Denkstil.<sup>26</sup>

Im Zuge der Staatenbildung lassen sich in Europa drei verschiedene Diskurse unterscheiden. Keith Michael Baker<sup>27</sup> und Didier Lapeyronnie<sup>28</sup> unterscheiden drei Dimensionen des politischen Diskurses: Vernunft, Wille und Gerechtigkeit. Diese drei Dimensionen bestimmten den philosophischen und politischen Diskurs im Zeitalter der Aufklärung und zu Beginn des 19. Jahrhunderts und führten zu nationalen Bewegungen innerhalb der europäischen Staaten.

---

<sup>26</sup> Vgl. J. Galtung: 1983, S. 303–338 und 1977.

<sup>27</sup> K.M. Baker: *Inventing the French Revolution*. Cambridge: Cambridge UP 1990.

<sup>28</sup> Didier Lapeyronnie: *Nation, démocratie et identité en Europe*. In: *Quelle identité pour l'Europe?* Paris: Press de Sciences Po, 1998, S. 229.

Rationalismus ist das Leitmotiv der Aufklärung und meinte die Befreiung des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit (Kant). Mit der französischen Revolution betritt das Volk die Bühne der Weltgeschichte als neuer Akteur mit politischem Willen, der sich in nationalen Bewegungen äußert. Diese Kombination von bürgerlichem Bewusstsein und politischem Willen bewirkt die ökonomische Modernisierung innerhalb der Nationalstaaten. Als dritte Dimension ist die Idee der Gerechtigkeit zu nennen, die der kapitalistischen Modernisierung Legitimation zu geben versucht. Chancengleichheit ist der Slogan der amerikanischen Verfassungsväter, die darauf gerichtet war – nicht im Geist, sondern in der Praxis – die Klassenspaltung zu überwinden, die den frühen Liberalismus auszeichnete. Vernunft modernisiert, Wille mobilisiert und Gerechtigkeit egalisiert.

Je nach dem Gewicht, das man den drei Ecken des Dreiecks zuordnet, (Vgl. Schaubild 1), kann man drei verschiedene Akteurskonstellationen und Gesellschaftskonzepte ausmachen. Die Kombination von modernisierender Vernunft und mobilisierendem Willen bestimmt den Modernisierungsprozess auf dem europäischen Kontinent und beeinflusst das Handeln der Staatseliten. Eine solche Gesellschaft kann als staatszentriert bezeichnet werden (Staatsgesellschaft).

Die Kombination von mobilisierendem Willen und egalisierender Gerechtigkeit führt zu dem Konzept der Volksgemeinschaft oder kommunitären Gesellschaft und korrespondiert mit dem Konzept von der Volksnation mit dem Volk als neuem Akteur.

Schließlich führt die Kombination von modernisierender Vernunft und egalisierender Gerechtigkeit zur Zivilgesellschaft mit intermediären Akteuren als neuer treibender Kraft.

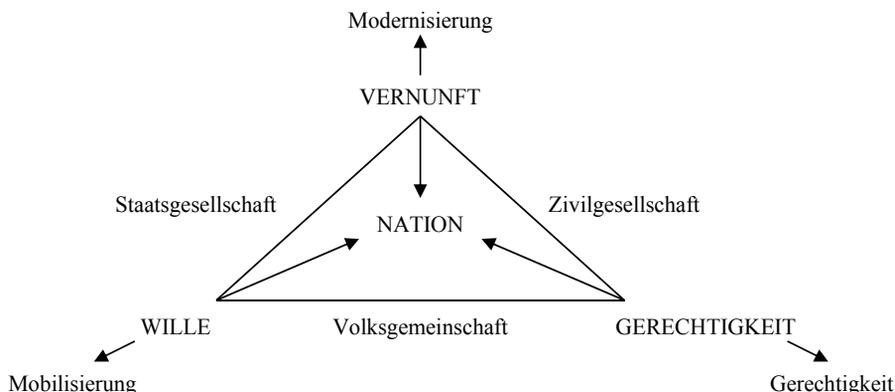
Diese drei Gesellschaftsmodelle können in drei verschiedenen europäischen Nationalkulturen gefunden werden.

Historisch führte die Kombination von Vernunft und Gerechtigkeit in der angelsächsischen Welt zur Ausbildung einer Zivilgesellschaft. In der schottischen bzw. englischen Moralphilosophie sind die liberal-ökonomischen Modernisierungsvorstellungen und die Idee gleicher Lebenschancen von Anfang an präsent, auch wenn die Realentwicklung ein anderes Gesicht bekam. Der Hauptakteur dieses Prozesses war die neu aufsteigende Klasse des Bürgertums.

Im französischen Konzept der Modernisierung war von Anfang an der Staat der Hauptakteur. Die Kombination von modernisierender Vernunft und mobilisierendem Willen wurde von den staatlichen Eliten praktiziert, die in den höheren Bildungsanstalten (*grandes écoles*) ausgebildet worden waren.

Schließlich charakterisiert die Verbindung von Mobilisierung des Willens der Bourgeoisie und die Idee egalisierender Gerechtigkeit das deutsche Konzept. Die Kombination von Volk mit seinem früheren Äquivalent der ‚Nation‘ und der egalisierenden Gerechtigkeit führt zum Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘, die an ihrem Beginn nichts gemein hatte mit der von der später von der Nazi-Elite propagierten Blutsgemeinschaft. Die Idee der Volksnation war jedoch ein Ideal. In der Wirklichkeit bestand die modernisierende Elite aus Mitgliedern des Bürgertums und Eliten des Staatsapparats. In

Preußen war die aristokratische Staatselite dominant, in den südlichen Teilstaaten Deutschlands war eher die Bildungs- und Gewerbeelite führend.



Quelle: Nach Didier Lapeyronnie: Nation, démocratie et identité en Europe. In : Quelle identité pour l'Europe? Paris: Presses de Sciences Po, 1998, S. 229

## Schaubild 2: Ausbildung unterschiedlicher europäischer Gesellschaftsmodelle

### (4) Die Demokratisierung und Parlamentarisierung

Mit der Ausbildung neuer Wirtschaftsformen war eine bürgerliche Gesellschaft entstanden, die die ihr gemäße politische Organisationsform erst noch suchte; gefunden wurde sie in der Erweiterung der individuellen wie kollektiven Rechte, d.s. etwa des Eigentumsrechts und eines breiten Spektrums von Freiheitsrechten. Allmählich bildeten sich zwei Demokratiemodelle heraus: die repräsentative – (v.a. vertreten von Locke, Montesquieu, Burke, Mill) und die plebiszitäre Demokratie (v.a. projiziert durch die so unterschiedlichen Theorien von Rousseau, Marx, Michels u.a.). Was die moderne Demokratietheorie angeht, so versuchen ihre Vertreter entweder die unterschiedlichen Arten der Willensbildung, Entscheidungsfindung und Implementation zu formalisieren bzw. zu axiomatisieren (wie z.B. die Systemtheoretiker). Oder aber die sogenannten ‚westlichen Demokratien‘ werden v.a. zu den faschistischen und kommunistischen Totalitarismen in Opposition gesetzt, wie dies z.B. die Arbeiten von einigen der ersten deutschen Nachkriegspolitikwissenschaftler belegen. Den wichtigsten Indikator dieser seit Jahrhunderten andauernden Gesamtentwicklung der Demokratisierung und Parlamentarisierung kann man insbesondere in der Ausweitung bzw. Restringierung des aktiven wie passiven Wahlrechts für Männer und Frauen erblicken und in der Einführung der Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament. Zu berücksichtigen sind aber auch die vielfältigen Entwicklungen, die nach den großen Revolutionen in England und auf dem Kontinent einsetzten. Hierzu gehören u.a. die Einführung von Rechtssystemen (Menschenrechte, Verfassungsgerichtsbarkeit etc.), die Ausdifferenzierung politischer Institutionen (z.B. der Verwaltung) und die Ausbildung von organisierten Parteien und Interessenverbänden.

(5) Die Etablierung des Sozialismus als einer konkurrierenden Ideologie und als einer neuen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politikform

Im 20. Jahrhundert hat sich in der nördlichen Hemisphäre im Zuge der Durchsetzung des Sozialismus eine bipolare Ordnung herauskristallisiert, die nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht die Welt maßgeblich bestimmte. Die Konsequenzen der sozialistischen und kommunistischen Theorie, die maßgeblich von Karl Marx und Friedrich Engels im 19. Jahrhundert konzipiert wurde, haben aber nicht nur die Entwicklung der Elitetheorien hervorgerufen, die ihrerseits auf den Marxismus/Leninismus zurückwirkten, sondern sie haben implizit auch für einen Reformismus gesorgt, der überkommene frühliberale Politikmuster in nahezu jeder Hinsicht weiterentwickelte und ausdifferenzierte. Es entstand ein Pluralismus, d.i. zugleich das vielleicht wichtigste Charakteristikum der westlichen Industriegesellschaften.

Diesen Pluralismus zu beschreiben, der – um mit Jürgen Habermas zu reden – heute in einer „neuen Unübersichtlichkeit“ gipfelt, heißt aber nicht nur, dass man das Spektrum der Chancen und Möglichkeiten darstellt. Vielmehr kommt es – in jüngster Zeit zunehmend deutlicher – gerade auf die Betonung der Grenzen an, z.B. der „Grenzen des Wachstums“, die im Jahr 1972 die Mitglieder des Club of Rome in ihrem „Bericht zur Lage der Menschheit“ zogen. Dieser übte eine Initialfunktion für die Theorienproduktion aus. Auch wenn das sozialistische Experiment zumindest in Europa als gescheitert gelten kann, so bleibt dennoch der damit verbundene Theoriestrang als historische Erscheinung erhalten.

(6) *Die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg* hat sowohl international als auch in den Nationalstaaten selbst Veränderungen hervorgebracht, die die Theorieproduktion angeregt haben. Das Staatensystem hat sich in der westeuropäischen Welt vom Realismusparadigma nationalstaatlicher Machtpolitik hin zum Paradigma regionaler Interdependenzbeziehungen entwickelt. Das Nullsummenspiel der Machtkonkurrenz wurde weitgehend durch das Positivsummenspiel beiderseitiger Gewinne ergänzt, wenn nicht abgelöst. Die Verdichtung ökonomischer und kommunikativer transnationaler Vorgänge hat die Globalisierungsdebatte ausgelöst und die Perspektive einer Weltinnenpolitik am Horizont erscheinen lassen. Verhandlungstheoretische Zugänge zum Politischen haben diese Entwicklungen aufgenommen. In den westlichen Gesellschaften wurden Fragen der Ökologie, der sozialen Bewegungen, der Bürger- oder Zivilgesellschaft diskutiert; in Bezug auf die Transition von demokratischen zu autoritären (Faschismus), bzw. von totalitären (Sowjetismus) zu demokratischen Regimes hat die Transitionsforschung an Bedeutung gewonnen und bestimmt die heutige Forschungsagenda mit.

### **Die Sozial- und Wissenschaftsgeschichte**

Während sich in der sogenannten ‚Postindustriellen Gesellschaft‘ der sechste fundamentale, wissenschaftsexterne Bedingungsfaktor politischer Theoriengenerierung herauskristallisiert, lassen sich für die *Theoriengeschichte* auch noch wissenschaftsinterne Bedingungsfaktoren nennen. Es ist sinnvoll, wenn man bei ihrer Diskussion das *kognitive System* von dem *Sozialsystem* der Wissenschaft unterscheidet.

### **Die wissenschaftsinternen Bedingungsfaktoren: Das Sozialsystem**

Politische Theorien spielen – wie George H. Sabine schon 1937 gezeigt hat – eine doppelte Rolle: Sie sind einerseits logische Einheiten in dem Sinne, dass ihren Sätzen ein Wahrheitswert zugesprochen werden kann. Andererseits bestehen sie aber auch aus (normativen) Glaubenssätzen, die das menschliche Verhalten entscheidend beeinflussen, und dies nicht etwa deshalb, weil sie wahr oder falsch sein können, sondern weil sie einen Sachverhalt thematisieren, der jenseits der Logik von ‚wahr‘ und ‚falsch‘ als zutreffend akzeptiert wird.<sup>29</sup> In ähnlicher Weise bestätigt Thomas S. Kuhn, dass es im Diskurs der sogenannten „normalen Wissenschaft“ auch „weniger auf vergangene [kognitive] Leistungen als auf zukünftige Aussichten“ ankommt, also auf das Sozialsystem der Wissenschaft. Denn, so fährt Kuhn fort: „Derjenige, der ein neues Paradigma in einem früheren Stadium annimmt, muß das oft entgegen den durch Problemlösungen gelieferten Beweisen tun. Das heißt, er muß den Glauben haben, dass das neue Paradigma mit den vielen großen Problemen, mit denen es konfrontiert ist, fertig werden kann, wobei er nur weiß, dass das alte Paradigma bei einigen versagt hat. Eine Entscheidung dieser Art kann nur aufgrund eines Glaubens getroffen werden.“<sup>30</sup>

Für eine Darstellung der Theorien der Politik heißt dies bezüglich des Sozialsystems der Wissenschaft: Die soziale Bedingtheit, der Beruf des Politikwissenschaftlers i.e.S., der als ein Indikator des gesamten Sozialsystems angesprochen werden kann, hat sich erst relativ spät, nämlich im 19. Jahrhundert herausgebildet. Zuvor waren Gelehrte, die sich mit dem Gegenstandsbereich der Politik beschäftigt haben, ausschließlich als Privatlehrer im Dienst höhergestellter, adliger Familien engagiert (z.B. Aristoteles, Hobbes, Locke, Rousseau etc.). Erst in späterer Zeit bezogen sie aus Tätigkeiten im staatlichen Dienst, d.i. der praktischen Politik (wie Machiavelli) bzw. der Verwaltung (wie Montesquieu) oder an der Universität (wie z.B. Smith und die meisten der folgenden Autoren) einen ausreichenden Lebensunterhalt sowie die nötigen Anregungen. Dieser Punkt trifft auch auf eine dritte, obwohl kleinere Gruppe von Autoren zu, die sich aufgrund eigener Einkommen aus einer Wirtschaftstätigkeit den Fragen nach der Gesellschaft, der Ökonomie und Politik sowohl zuwandten als auch zuwenden konnten (wie z.B. Ricardo, Owen, Engels).

Was von dem Beruf des Wissenschaftlers gilt, das läßt sich in ähnlicher Form von einem weiteren Indikator für das Sozialsystem ‚Wissenschaft‘ behaupten, nämlich von den wissenschaftlichen Institutionen. Universitäten sind – von einigen Vorläufern abgesehen – erst am Ende des 14. Jahrhunderts gegründet worden; sukzessive folgten andere Institutionen nach: Akademien, wissenschaftliche Gesellschaften, hochschulunabhängige Forschungsinstitutionen. Die Folge zunehmender Institutionalisierung, Sozialisierung, Ausdifferenzierung und Personalausstattung kann u.a. an der zunehmenden Zahl politikwissenschaftlicher Publikationen abgelesen werden. Heute existiert ein pluralistisches Nebeneinander verschiedener, z.T. miteinander konkurrierender Institutionen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung und Bedeutung. Man kann davon aus-

---

29 Vgl. hierzu: G.H. Sabine: 1939, S. 1–16 und 1937. Zum Problem der sogenannten ‚Belief-Sätze‘ vgl. u.a. die Interpretation von K.O. Apel: 1964/65, S. 239ff. Aus dem Bereich der Sozialwissenschaften vgl. hierzu auch den Beitrag von P. Winch: 1958.

30 Vgl. T.S. Kuhn: 1967, S. 168.